

Aus: [Ausgabe vom 13.03.2020](#), Seite 8 / Ansichten**KOMMENTAR**

## Krise eingepreist

### Börsencrash nach EZB-Entscheid

Von Simon Zeise

Foto: EZB/dpa



EZB-Präsidentin Christine Lagarde (M.) stellte die Maßnahmen gegen die Krise vor (Frankfurt am Main, 12.3.2020)

Auch am Donnerstag purzelten die Aktienkurse in den größten Finanzzentren. Der Dax verlor zeitweilig mehr als zehn Prozent. Nachdem der Dow Jones zum Börsenbeginn in New York bereits mehr als sieben Prozent verloren hatte, wurde der Handel zum zweiten Mal in dieser Woche ausgesetzt – Kapitalismus im Stand-by-Modus.

Die Zentralbanken des »Westens« haben reagiert, indem sie Milliardensummen für die Finanzmärkte bereitstellen. Fed und Bank of England haben zudem den Leitzins gesenkt, um die Kreditvergabe auszuweiten. In der Euro-Zone ist das Ende der Fahnenstange bereits erreicht, denn seit vier Jahren liegt der Leitzins in der Währungsunion bei null Prozent. Daran rüttelte die EZB auch am Donnerstag auf ihrer turnusmäßigen Ratssitzung nicht. Ebenso bleibt der Einlagezins für Banken, die Geld nicht an Kunden loswerden, bei 0,5 Prozent. Lediglich das Anleihenkaufprogramm »Quantitative Easing« wird um 120 Milliarden Euro bis zum Jahresende aufgestockt.

Derlei Maßnahmen haben für das Finanzkapital nur Mitnahmeeffekte, die Krise ist in den Bilanzen fest eingepreist. Der Börsenboom der vergangenen Jahre basierte auf Aktienrückkäufen, die durch billiges Notenbankgeld möglich gemacht wurden. Die Aktienmärkte sind abgegrast, an den Börsen lagen die Kurse Ende Februar auf einem Rekordniveau. Fonds- und Privatvermögen sind hoch wie nie, der Goldpreis am Anschlag, und wer Staatsanleihen aus den USA oder Deutschland kauft, bekommt kaum noch etwas für sein Geld oder zahlt sogar drauf.



Kurzum, es fehlt dem Kapital an profitablen Anlagemöglichkeiten. Doch Gewinne müssen fließen, das ist kapitalistisches Gesetz. Deshalb erlässt der Staat Konzernen weiterhin Steuern und Sozialabgaben. Die Lohnabhängigen müssen für die Misere geradestehen. In der Krise wird umverteilt. Geldhäuser wittern ihre Chance, sich lästiger Vorgaben zu entledigen, die ihr Spekulationsgeschäft behindern. Der

Bundesverband deutscher Banken umschrieb es am Donnerstag sanft: »In Krisenzeiten wollen und können die deutschen Banken ihren Kunden zur Seite stehen. Einige der nach der Finanzkrise entstandenen Vorgaben wirken sich nun aber unter Umständen krisenverschärfend aus, etwa weil sie die Kreditvergabemöglichkeiten beschränken.« Hier brauche es »befristete Korrekturen« durch die Aufsicht. Schon Adam Smith wusste: »Geschäftsleute des gleichen Gewerbes kommen selten, selbst zu Festen und zu Zerstreungen, zusammen, ohne dass das Gespräch in einer Verschwörung gegen die Öffentlichkeit endet.«

Das Coronavirus ist übrigens nicht die Ursache für Stagnation und Armut. Selbst die OECD musste am Donnerstag eingestehen, dass die Krise hausgemacht ist. Schon im letzten Quartal 2019 war die Wirtschaft der G-20-Staaten nur noch um mickrige 0,6 Prozent gewachsen. Die Pandemie gibt dem Laden nur noch den letzten Rest. Laut OECD werde sich das Wachstum der Weltwirtschaft 2020 im Vergleich zum Vorjahr voraussichtlich halbieren.